

Dieses Interview erschien am 8. Juli im Tages-Anzeiger

«Entwicklungshilfe wird immer kritisiert»

Mit Peter Niggli sprach Rita Flubacher

Ist Kritik an der Entwicklungshilfe ein Tabu?

Peter Niggli: Was für eine Frage! Entwicklungshilfe wurde immer kritisiert. Früher kam sie von links. Hilfe sei ein Instrument der westlichen Staaten, die Regierungen in den Entwicklungsländern zu korrumpieren und in Abhängigkeit zu halten. Heute herrscht neoliberale Kritik vor. Schon der Gründervater Milton Friedman behauptete, Entwicklungshilfe stärke den Staat und behindere das Wirtschaftswachstum. Direktinvestitionen seien besser. Ausgenommen von seiner Kritik war die Militär-, Polizei- und Folterhilfe der USA, damit sich die befreundeten Regierungen gegen den Kommunismus wehren könnten.

Mit Dambisa Moyo kommt erstmals eine Afrikanerin zu Wort. Bislang war die Kritik eine Angelegenheit der reichen Staaten, sie war sozusagen ebenfalls kolonialisiert.

Axelle Kabou aus Kamerun publizierte schon 1991 eine sorgfältige Kritik der Trägheit der afrikanischen Machthaber. Seit einigen Jahren publiziert ein Kreis neoliberaler Afrikaner gegen Entwicklungshilfe. Moyo gehört in diese Schule.

Was halten Sie von Moyos Kritik?

Ihr Buch ist wohl das Schlechteste der kritischen Literatur. Ärgerlich ist ihr salopper Umgang mit Zahlen, Quellen und der eigenen argumentativen Konsistenz.

Immerhin wird ihre These, wonach Wirtschaftswachstum das beste Mittel gegen die Armut ist, auch von anderen Experten geteilt. In der Entwicklungshilfeszene hat das Wort Wirtschaftswachstum dagegen einen negativen Beigeschmack.

Die Diskussion ist von den Kritikern der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) tatsächlich lange falsch geführt worden. Die neoliberale, auf Wachstum ausgerichtete Strukturanpassungspolitik wurde für ihre soziale Blindheit kritisiert. Erst später wurde den Kritikern bewusst, dass die Strukturanpassung das Wirtschaftswachstum Lateinamerikas und Afrikas in den achtziger und neunziger Jahren stark gedämpft, statt gefördert hat, wie es versprochen worden war. Entsprechend negativ fielen die sozialen Folgen aus.

Warum ist es den meisten asiatischen Ländern gelungen, aus der Armut herauszufinden?

Die erfolgreichen asiatischen Staaten kopierten das japanische Modell. Der Staat betreibt eine aktive Industriepolitik, hält den Währungskurs tief, um die Exporte zu fördern, schottet Teile der Binnenwirtschaft ab, damit die einheimische Industrie sich entwickeln kann, betreibt

Industriespionage und fokussiert sich um Patente. Im Übrigen hatten die erfolgreichen ostasiatischen Staaten massive Entwicklungshilfe erhalten.

Und warum kopieren die afrikanischen Regierungen nicht einfach das asiatische Modell?

Der „asiatische Weg“ ist heute viel schwieriger. Viele industriepolitische Massnahmen sind durch die Welthandelsorganisation WTO verboten. Es waren die USA, welche die WTO dazu trieben. Sie wollten die aufstrebende asiatische Konkurrenz zu anderen Spielregeln zwingen.

Afrika ist reich an Bodenschätzen und scheint doch nicht davon zu profitieren.

Die Rohstoffe waren ein wesentlicher Grund, weshalb Afrika kolonialisiert wurde. Heute erlaubt der Rohstoffreichtum einigen üblen Regimen wie etwa in Gabun oder in Äquatorialguinea, an der Macht zu bleiben. Kommt dazu, dass die ausländischen Firmen, die die Rohstoffe abbauen, mit den Sitzstaaten sehr tiefe Lizenzgebühren und Gewinnbeteiligungen aushandeln konnten. Kein asiatischer und kein südamerikanischer Staat würde sich solche Sätze gefallen lassen.

Und weshalb verlangen die Afrikaner nicht mehr?

Weil es schwache Staaten sind und die Weltbank ihnen immer wieder in Erinnerung ruft, wie abhängig sie von der Hilfe und von Zahlungen sind. Heute gibt es allerdings Bemühungen, die nachteiligen Verträge zu revidieren, zum Beispiel in Ghana.

Womit wir wieder bei der Forderung von Dambisa Moyo angelangt wären, wonach man Afrika innerhalb von fünf Jahren von der Entwicklungshilfe abnabeln müsse.

Das ist blanker Unsinn. Was würde abgeschafft? Doch nur das vergleichsweise geringe Geld, das in das Gesundheitswesen oder in die Bildung fließt. Das Geld, mit dem sich die westliche Welt und China Rohstoffkonzessionen sichern und Regierungen in Abhängigkeit halten, würde weiterhin fließen. Im Übrigen streben heute viele afrikanische Staaten danach, ihre Abhängigkeit von Entwicklungshilfe zu reduzieren und statt dessen die Steuerbasis zu vergrößern.

Staaten wie Japan und Südkorea wollen ganze Landstriche in Afrika kaufen, um darauf Nahrungsmittel für ihre Märkte anzupflanzen. Könnte das eine Lösung für die afrikanischen Staaten sein?

Nein, denn sie werden das beste Land mit dem besten Wasser erhalten. Viele Kleinbauern werden vertrieben – wie während der Kolonialisierung, als Europa seine Plantagenwirtschaft etablierte. Damals wurden sie auf prekäre Böden an Hanglagen und in Trockengebieten verdrängt. Heute weichen sie in städtische Slums aus. Wie das Beispiel Madagaskar zeigt, lassen sich die BewohnerInnen das aber nicht immer bieten und erheben sich gegen ihre Regierung.

Aber die afrikanischen Länder könnten doch von China und Südkorea verlangen, dass sie in die Infrastruktur investieren. Auch werden die Chinesen und Südkoreaner neue Arbeitsplätze schaffen.

China investiert tatsächlich in neue Infrastruktur, bringt aber oft seine eigenen Arbeiter mit. Dadurch lassen sich jedoch entschädigungslose Vertreibungen nicht aufwiegen. In der Statistik schlägt dies als höheres Wirtschaftswachstum durch, während gleichzeitig die Zahl der Ärmsten

wächst. Solche widersprüchlichen Effekte versucht man heute zu vermeiden und nicht zu fördern.

Wie an allen Wirtschaftsgipfeln in den letzten Jahren, so dürfte auch jetzt in Italien am G-8-Gipfel der Ruf nach noch mehr Hilfe an Afrika erschallen.

Noch 2007 flossen 900 bis 1000 Milliarden Dollar an Auslandsinvestitionen von Norden nach Süden. Dieses Jahr werden es laut Weltbank noch 150 Milliarden sein. Man rechnet zudem mit drastischen Exporteinbrüchen afrikanischer Staaten. Ihre Wirtschaft wird dadurch in eine grössere Krise geraten als unsere. Aber die wenigsten afrikanischen Staaten können ein bedeutungsvolles Konjunkturprogramm auf die Beine stellen. Wir hingegen buttern Milliarden in die Bankenrettung und Wirtschaftsankurbelung, um eine tiefe Depression zu vermeiden. Sollen wir da Afrika in ein Loch stürzen lassen? Darüber wird man am Gipfel in Italien zu Recht diskutieren.

Vor allem die USA und Japan wollen weg von der direkten Nahrungsmittelhilfe hin zu Investitionen in der Landwirtschaft kommen. Sie wollen mit je 3 bis 4 Milliarden Dollar den Hauptharst an der auf über 12 Milliarden Dollar geschätzten Hilfe tragen. Steckt dahinter Eigennutz oder eine intelligente Form der Hilfe?

Private Entwicklungsorganisationen drängten die G8-Regierungen seit längerem, endlich mehr in die Landwirtschaft Afrikas zu investieren. Letztes Jahr kritisierten die Weltbank und der Weltlandwirtschaftsrat die Vernachlässigung der Landwirtschaft in den letzten zwanzig Jahren als einen der Gründe für die Nahrungsmittelkrise. Die in Aussicht gestellten 12 Milliarden über drei Jahre sind allerdings bescheiden. In den achtziger Jahren wurden jährlich 20 Milliarden investiert.

Die Amerikaner waren bislang der weltgrösste Geber von Nahrungsmittelhilfe. Davon hat die US-Landwirtschaft profitiert. Wie interpretieren Sie diese Neuausrichtung? Setzt sich Obama gegen die Landwirtschaftslobby durch?

In den USA wird seit letztem Jahr die Unterstützung der amerikanischen Landwirtschaft unter dem Mäntelchen „Entwicklungshilfe“ heftig kritisiert. Die Lieferung amerikanischer Überschüsse in arme Länder schadet dort den einheimischen Produzenten und schwächt ihre eigene Landwirtschaft. Wieweit es die Administration Obama schaffen wird, damit endlich aufzuhören, bleibt abzuwarten.